

Actualités 1/2019

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2019

Spargelesen

25. Mai 2019
in Stuttgart

Gemeinsame Jahrestagung

19.09. bis 22.09.2019
in Dresden

Vorseminar

17.09. bis 22.09.2019
in Dresden

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

die vorliegende Ausgabe unserer *Actualités* gewährt Ihnen einen umfassenden Einblick in die europäische Charta des Datenschutzes, die DSGVO, sowie in den Vertrag zwischen der BRD und der französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, kurz Aachener Vertrag genannt.

Art. 20 dieses Vertrages will eine „bilaterale Rechtsharmonisierung unter anderem im Bereich des Wirtschaftsrechts“ fördern. Daraus ist in den letzten Monaten eine deutsch-französische Initiative für ein Europäisches Wirtschaftsgesetzbuch entstanden, die nicht nur von Vertretern der akademischen Welt, sondern auch von Anwälten und Politikern getragen wird (www.codeeuropeendesaffaires.eu).

Kann dies der allgemein herrschenden Europaskepsis entgegenwirken? Werden deutsche und französische Juristen den ersten Meilenstein zu einem vereinheitlichten europäischen Gesamtwirtschaftsrecht legen? Wir dürfen gespannt auf die Aktivitäten der Initiative sein und werden regelmäßig darüber berichten.

Freuen Sie auch auf den erfrischenden Blick von Herrn Prof. Dr. Dr.h.c. Witz auf die Welt der deutschen und französischen Juristen.

Ihre
Fabienne Kutscher-Puis

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

La présente édition de nos *Actualités* vous offre une analyse approfondie de la charte européenne de la protection des données personnelles, le RGPD, et du Traité entre la RFA et la République française sur la coopération et l'intégration franco-allemandes, appelé Traité d'Aix-la-Chapelle.

L'article 20 du Traité veut favoriser une « harmonisation bilatérale [des] législations, notamment dans le domaine du droit des affaires ». Ces derniers mois, s'est amorcée sur ce fondement une initiative franco-allemande en faveur d'un Code européen des affaires, laquelle n'est pas seulement soutenue par des représentants du monde universitaire, mais également par des avocats et hommes politiques (www.codeeuropeendesaffaires.eu).

Est-ce que cela peut aider à contrebalancer le scepticisme européen ambiant ? Les juristes allemands et français vont-ils poser la première pierre à l'édifice d'un droit européen des affaires réellement uniformisé ? Nous pouvons attendre avec impatience les activités de cette initiative et en référeront régulièrement dans notre bulletin.

Nous vous recommandons également chaleureusement le regard rafraîchissant de Monsieur le Professeur Witz sur le monde des juristes français et allemands.

Bien à vous,
Fabienne Kutscher-Puis

■ Inhaltsverzeichnis

Aus der Tätigkeit der Vereinigung	4
Zum Tod von Eva Sterzing	4
Kanzleitreffen des DFM in Köln mit Unterstützung der DFJ, 24. Januar 2019	4
Neue Satzung der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung	7
Vorseminar und 36. gemeinsame Jahrestagung in Dresden	7
Veröffentlichungen und besondere Tätigkeiten unserer Mitglieder	8
« CNIL versus Google LLC »	8
von Dr. Maryline Durin	
Zur Zukunft des deutsch-französischen Vertrags von Aachen	19
von Dr. Philippa Paternot	
Lesenswerte Publikationen aus Deutschland und Frankreich	23
Philippe Cossalter/Claude Witz (dir.), Soixante Ans d'Influences Juridiques Réciproques Franco-Allemandes	23
Manfred Hammes, Durch den Süden Frankreichs	26
Philippe Cossalter/Maria Kordeva, Les gouvernements intermédiaires	27
Silvia Katzenmaier, Jüngere Entwicklungen im französischen Familienrecht	28
Fabian Laurent Schirmer, Die Selbstbindung des Erblassers im deutschen und französischen Recht	29
Lukas Stelten, Gerichtlicher Grundrechtsschutz in Frankreich	29
Alain de Schlichting/Xavier Volmerange, Einführung in die französische Rechtssprache/Introduction au français juridique	30
Interview mit Persönlichkeiten des deutsch-französischen Rechtslebens	30
Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Claude Witz im Interview	30
Nachrichten aus dem Hochschulbereich und aus der Anwaltschaft	33
Der Deutsch-Französische Zukunftsdialog – Blick über den juristischen Tellerrand	33
Seminar am LG Düsseldorf	35
Campus international du barreau de Paris à Berlin, 31 janvier au 1 ^{er} février 2019	37
Exzellenzpreis der Deutsch-Französischen Hochschule	39
Stellenanzeigen	41

■ Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

1. Vorsitzender:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

2. Vorsitzender:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretär:

Dr. Arno Maier-Bridou

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M

fkp@kutscher-puis.com

Werner Gaus

werner.gaus@brp.de

Dr. Philippa Paternot

paternot@kutscher-puis.com

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

Telefax: +49 6131 39-24700

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Aus der Tätigkeit der Vereinigung

Zum Tod von Eva Sterzing

von Dr. Jürgen Jekewitz

Am 14. Januar 2019 ist im Alter von 81 Jahren Rechtsanwältin Eva Sterzing verstorben. Sie war über viele Jahre als Generalsekretärin das Herz der Schwesternvereinigung AJFA. Mit ihrer Persönlichkeit und ihrem Temperament lebte und belebte sie auf eine höchst persönliche Weise den oft schwierigen Bogenschlag zwischen den in unseren Vereinigungen engagierten deutschen und französischen Juristen.

Gerade für junge Kolleginnen und Kollegen war sie Ansprechpartnerin und oft auch "Herbergsmutter" bei der Ankunft in Frankreich. Davon wissen die ersten Verbindungsrichterinnen und -richter bei der französischen Justiz in Paris zu berichten.

Mit ihr ist eine Generation deutsch-französischer juristischer Zusammenarbeit dahingegangen, die nicht Geschichte sein darf, sondern Verpflichtung für die Jüngeren unter uns sein sollte. Wir werden ihrem Wirken und ihrer Persönlichkeit immer verpflichtet sein.



Dr. Jürgen Jekewitz, Ministerialdirektor a.D. im BMJV, Bonn/Dorweiler.

Kanzleitreffen des DFM in Köln mit Unterstützung der DFJ, 24. Januar 2019

von Thorsten Coß

Für den 24. Januar 2019 hatte der Alumniverein der Deutsch-Französischen Rechtswissenschaftsstudiengänge Köln/Paris DFM Alumni e. V. zum ersten Kanzleitreffen des Jahres in die Kanzlei Epp & Kühl nach Köln eingeladen.

Dank der DFJ-Mitglieder Dr. Christophe Kühl und Dr. Johannes Dilling, zugleich Schatzmeister des DFM e. V., erfolgte die Einladung auch über den Verteiler der DFJ. Das zeigte Erfolg, denn mit ca. 60 Gästen waren die Räume gut gefüllt.

Praktische Erfahrungen mit der Arbeitsmarkt-reform in Frankreich

Béatrice-Anne Kintzinger, LL.M. (Avocat au Barreau de Paris), zeigte mit ihrem Vortrag „Praktische Erfahrungen mit der Arbeitsmarkt-reform in Frankreich“ sehr plastisch die aktuellen Reaktionen der Rechtsprechung der *Conseils des prud'hommes* auf die seit der Wahl von Emmanuel Macron erfolgten französischen Arbeitsmarkt-reformen der Jahre 2017 und 2018 (sogenanntes *Loi Travail*, auch *Loi El Khomri* genannt; *loi n° 2016-1088 du 8 août 2016 relative au travail à la modernisation du dialogue social et à la sécurisation des parcours professionnels*).

Sowohl der *Conseil Constitutionnel* als auch der *Conseil d'État* hatten die grundsätzliche Vereinbarkeit der Reformen mit der französischen Verfassung zwar bestätigt. An ausgewählten Beispielen zum durch die Reform gedeckelten Schadensersatz bei der Auflösung von Arbeitsverträgen führte Frau Kintzinger dann aber aus, dass sich französische Arbeitsgerichte nicht den Entscheidungen der französischen Verfassungsorgane anschließen, sondern sich nunmehr auf die Europäische Sozialcharta und die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation berufen, um die Verfassungsgemäßheit der Arbeitsmarkt-reformen in Abrede zu stellen. Diese „Internationalisierung“ der Arbeitsweise der mit Laienrichtern besetzten erstinstanzlichen Arbeitsgerichtsbarkeit sorgte natürlich für angeregte Nachfragen und Diskussionen während und nach dem Vortrag.

Individualisation des frais de chauffage (IFC) – Europarecht und die Energiewende in Frankreich

Ein völlig anderes Thema beleuchtete der zweite Vortrag des Abends: *Individualisation des frais de chauffage (IFC)* – Europarecht und die Energiewende in Frankreich.

Hauptmotiv der europäischen wie der französischen Regelung ist, dass das Heizverhalten und der Warmwasserverbrauch des einzelnen Nutzers in Mehrfamilienhäusern auch Auswirkungen auf die vom Individuum zu tragenden Kosten haben sollen, damit sich dieses energie-sparender verhält.

DFJ-Vorstandsmitglied Thorsten Coß zeigte anhand der noch nicht in die Praxis umgesetzten französischen „Heizkostenverordnung“, dass trotz sehr präziser und seit Jahren bestehenden Vorgaben auf europäischer Ebene durch die Richtlinie 2012/27/EU zur Energieeffizienz (zuletzt geändert am 11.12.2018 durch die Richtlinie 2018/2002, dort die Artikel 9a - 9c zur Verbrauchserfassung) und deren Umsetzung im französischen Energiewendegesetz (*Loi n° 2015-992 du 17 août 2015 relative à la transition énergétique pour la croissance verte* und nachfolgendes *Décret n° 2016-710 du 30 mai 2016 relatif à la détermination individuelle de la quantité de chaleur consommée et à la répartition des frais de chauffage dans les immeubles collectifs*) im französischen

Lebensalltag noch sehr wenig angekommen ist. So konnte die einleitende Frage, was denn ein *répartiteur électronique* sei, nur von einer anwesenden Kollegin in Ansätzen beantwortet werden.

Hintergrund des Vortrages war eine Anfrage der *Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie (ADEME)* im Auftrag der französischen Regierung bei der bundeseigenen Deutschen Energie-Agentur GmbH (DENA). Die mit der *Individualisation des frais de chauffage (IFC)* befassten Ministerien, Verwaltungen und Verbände wollten sich mit den fast vierzigjährigen deutschen Erfahrungen bei der Heizkostenabrechnung vertraut machen. Also Austausch und Vergleich von Recht und Rechtspraxis, was ja auch Kernanliegen der DFJ ist. Die DENA benannte dann Herrn Coß als französischsprachigen Experten.

Ähnlich erstaunt wie die fast durchweg skeptischen französischen Stellen, dass die verursachungsgerechte Heizkostenabrechnung in Deutschland einheitlich akzeptiert und als effizientes und gutes Mittel zur Energieeinsparung und Streitvermeidung angesehen wird, waren auch die Zuhörer am Abend in Köln, als sie erfuhren, dass die französische Version der Heizkostenabrechnung noch detaillierter und komplexer ausgefallen ist als das deutsche Vorbild.

Trotz der augenscheinlich enormen Entfernung des arbeits- und des energierechtlichen Themas zeigten der im zweiten Vortrag geschilderte Widerstand und die Verzögerungstaktik mancher französischen Verbände der Immobilienwirtschaft und die Zögerlichkeit der französischen Politik gegenüber der *IFC* doch erstaunliche Parallelen zu den im ersten Vortrag geschilderten Entscheidungen der *Conseils des prud'hommes*, die gegen „neue“ Regelungen von „denen da oben“ aufbegehren.

Vor Beginn des kulinarischen Teils des Abends berichtete Herr Coß noch über Datum, Inhalt und Ablauf der Jahrestagung 2019 in Dresden, was nicht wenige Zuhörer mitschrieben. Da der DFM außerdem zusagte, die Einladung über ihren Verteiler zu versenden, verlief der Abend auch insoweit fruchtbar.



Rechtsanwalt Thorsten Coß ist Geschäftsführer der AVU Serviceplus GmbH, Gelvesberg.

Besondere Tätigkeitsschwerpunkte: Umsetzung der Energiewende, Erneuerbare Energien, Energieeffizienz.

Besondere Aufgaben oder Interessen: deutsches und europäisches Energierecht.

Neue Satzung der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung

Wie wir in der Ausgabe 3/2018 unserer Actualités ausführlich berichtet haben, ist die Neufassung der Satzung unserer Vereinigung in der Mitgliederversammlung am 06. Oktober 2018 einstimmig angenommen worden. Am 19. März 2019 wurde sie nun in das Vereinsregister des Amtsgerichts Mannheim eingetragen und gilt seitdem. Für die wichtigsten Änderungen verweisen wir auf unsere letzte Ausgabe sowie auf die Homepage der Vereinigung.

Planifiez votre weekend à Dresde ! Planen Sie Ihr Dresden-Wochenende!

von Herta Weisser

Die Jahrestagung der DFJ findet vom **19. bis 22. September 2019** in Dresden statt unter dem Motto

„Infrastruktur, Mobilität und Verkehr“.

Unter der Überschrift „Infrastruktur für die Zukunft“ sprechen wir über Energiehandel und die Europäische Elektrizitätsbörse; zum Thema „Infrastruktur der Zukunft“ gehen wir Fragen nach zu digitalen Verbrauchsmessungen, Blockchain, der Besteuerung digitaler Dienstleistungen („Googlesteuer“) und dem autonomen Fahren. In unserem Wirtschaftsrechtblock geht es dieses Jahr um die neuesten Entwicklungen im Insolvenzrecht.

Wir freuen uns auf die Besichtigung der Gläsernen Manufaktur, in der der E-Golf produziert wird, einen Ausflug zum Schloss von Pillnitz und vieles mehr.

Für die Jungen Juristen findet ab dem 17. September ein Vorseminar statt mit Schreibwerkstatt, Doktoranden- und Mastergespräch, Einblicken in die Polizeiarbeit und Vorträgen zur Umsetzung der französischen Arbeitsrechtsreform, um nur einige Punkte zu nennen.

Details zum Programm und zur Anmeldung werden sich ab Ende Mai auf der Internetseite der DFJ und der AJFA finden: www.dfj.org und www.ajfa.fr.

Planifiez votre weekend à Dresde ! Planen Sie Ihr Dresden-Wochenende !

La conférence annuelle se tiendra cette année du **19 au 22 Septembre 2019** à Dresde. Elle s'intéressera à des questions de

« L'Infrastructure, la mobilité et la circulation ».

Sous la devise « l'infrastructure pour le futur » nous parlerons sur la commercialisation de l'énergie et la bourse européenne de l'électricité. « L'infrastructure dans le futur » est titrée la partie portant sur des questions des techniques du mesurage de consommation digital, du « blockchain », de la taxation des services digitales (taxe GAFA) et de la conduite autonome. Notre bloc du droit économique sera concentré sur les actualités du droit de redressement des entreprises

Notre programme nous permettra une visite de la Gläserne Manufaktur où la e-Golf est fabriquée, une visite du château de Pillnitz et bien d'autres surprises.

Le proséminaire des jeunes juristes commencera le 17 septembre et contiendra entre autre un atelier d'écriture, la présentation des projets de thèses (master et docteur), un regard derrière les coulisses du travail de la police et des interventions sur la position de la réforme du droit du travail pour nommer que quelques points.

Les détails du programme et de l'inscription seront publiés fin mai sur les sites de la DFJ et de la AJFA www.dfj.org et www.ajfa.fr.



Rechtsanwältin Herta Weisser, Maître en droit, ist Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht.

Ihre Kanzlei WEISSER LEGAL in Dresden ist spezialisiert auf den deutsch-französischen Wirtschaftsaustausch sowie auf deutsch-französische Immobilien- und Erbangelegenheiten.

■ Veröffentlichungen und besondere Tätigkeiten unserer Mitglieder

« CNIL versus Google LLC »

La Délibération n° SAN-2019-001 du 21 janvier 2019 prononçant une sanction pécuniaire à l'encontre de la société Google LLC¹ : focus sur **certaines enseignements d'une** décision qui fait entrer la saga « CNIL versus Google LLC » **dans l'ère du RGPD**

von Dr. Maryline Durin

Pour toutes les personnes, qui s'intéressent peu ou prou à la question de la protection des données personnelles, la date du 21 janvier 2019

¹ Disponible sur Légifrance : <https://www.legifrance.gouv.fr/affichCnil.do?&id=CNILTEXT000038032552>.

restera dans les mémoires comme celle à laquelle la sanction financière la plus élevée a été prononcée sur le territoire de l'Union européenne (« UE ») par une autorité de contrôle, en l'occurrence la CNIL, depuis l'entrée en application, le 25 mai 2018, du Règlement (UE) Général sur la Protection des Données (« RGPD »)².

50 millions d'euros...

Un tel montant ne doit cependant pas étonner.

En effet, alors que la Directive communautaire 95/46CE du 24 octobre 1995 qui a constitué, jusqu'à l'entrée en application du RGPD, le cadre juridique applicable en matière de protection des données personnelles, se contentait de renvoyer aux États membres pour la détermination des sanctions en cas de violation de ce cadre³, le RGPD va résolument plus loin en fixant à la fois la typologie de ce qu'il appelle « les mesures correctrices » que peuvent prendre les autorités de contrôle en cas de violation de ses dispositions et le montant maximal de l'amende administrative encourue par le contrevenant.

Ainsi selon le type de violation, ce montant peut aller jusqu'à 10 millions ou 20 millions d'euros ou, dans le cas d'une entreprise, jusqu'à 2 % ou 4 % du chiffre d'affaires annuel mondial total de l'exercice précédent, le montant le plus élevé étant retenu⁴.

Dans le cas d'un géant économique comme la société américaine Google LLC, il est évident que la prise en compte du chiffre d'affaires annuel mondial total de l'exercice précédent pour le calcul de cette amende conduira au prononcé d'amendes dont le montant pourra, à n'en pas douter, flirter et même dépasser les 50 millions d'euros.

Cinq ans plus tôt, le 3 janvier 2014⁵, la CNIL avait déjà prononcé une sanction pécuniaire à l'encontre de la société Google LLC d'un montant, record pour l'époque, de 150 000 euros puisqu'il s'agissait du montant maximal alors prévu par la loi française n° 78-17 du 6 janvier 1978 relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés⁶.

² Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE.

³ Art. 24 de la Directive 95/46/CE du Parlement européen et du Conseil, du 24 octobre 1995, relative à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données.

⁴ Art. 83 du RGPD.

⁵ Délibération n° 2013-420 du 3 janvier 2014 de la formation restreinte de la CNIL prononçant une sanction pécuniaire, disponible sur Légifrance : <https://www.legifrance.gouv.fr/affichCnil.do?id=CNILTEXT000028450267>.

⁶ Art. 47 de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 (dans sa version en vigueur au moment des faits).

Le montant exceptionnel de la sanction pécuniaire prononcée n'est pas le seul point commun de ces deux Délibérations de 2014 et 2019.

En effet, on observe que, dans les deux cas, la CNIL a commencé par justifier sa compétence contestée par la société Google LLC, pour ensuite sanctionner cette dernière pour manquement à son obligation d'informer les personnes concernées et manquement à son obligation de disposer d'une base légale pour les traitements mis en œuvre.

Cette nouvelle Délibération du 21 janvier 2019, aux fâcheux airs de déjà vu pour la société Google LLC, retiendra plus particulièrement notre attention ici pour ses enseignements en ce qui concerne la vérification, par une autorité de contrôle, de sa compétence **(I)** et l'obligation d'information incombant à un responsable du traitement qui est l'obligation phare sur laquelle repose en grande partie l'effectivité des droits des personnes concernées **(II)**.

I. Les principaux enseignements concernant la vérification de sa compétence par l'autorité de contrôle saisie d'une réclamation

Rendues à cinq d'années d'intervalle, ces deux Délibérations de 2014 et 2019 illustrent comment le RGPD a parfait la construction, dessinée par la Directive 95/46/CE, pour la résolution des conflits de compétence en cas de réclamations portées devant une autorité de contrôle d'un État membre contre un responsable de traitement établi dans plusieurs États.

La Directive 95/46/CE n'abordait en effet ce cas qu'indirectement sous l'angle de la détermination du droit national applicable dans l'hypothèse d'un rapport de droit intracommunautaire.

L'article 4 § 1, lettre a de la Directive 95/46/CE disposait ainsi que, dans le cas où le traitement en cause est effectué dans le cadre des activités de plusieurs établissements d'un responsable du traitement situés dans des États membres différents, le responsable du traitement est tenu de s'assurer du respect par chacun de ceux-ci des obligations prévues par le droit national applicable dans chacun de ces États.

De l'application des dispositions nationales prises pour la transposition de la Directive 95/46/CE par un État membre découlant de la compétence territoriale de l'autorité de contrôle instituée par cet État pour veiller à leur bonne application sur son territoire⁷, il en résultait qu'un

⁷ Art. 28 § 1 de la Directive 95/46/CE : « Chaque État membre prévoit qu'une ou plusieurs autorités publiques sont chargées de surveiller l'application, sur son territoire, des dispositions adoptées par les États membres en application de la présente directive. »

même traitement pouvait relever de la compétence de plusieurs autorités de contrôle.

Parallèlement, dans le cas où un responsable du traitement était établi à la fois en dehors de l'UE et dans l'UE, la Directive 95/46/CE considérait que la présence de l'un de ses établissements dans un État membre dès lors que le traitement en cause était effectué dans le cadre des activités de cet établissement, suffisait à entraîner la soumission de ce responsable du traitement à la loi nationale de cet État membre et donc à la compétence de son autorité de contrôle.

C'est dans ce contexte que la CNIL, autorité de contrôle en charge de veiller à la bonne application, sur le territoire français, de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 susmentionnée contenant les dispositions nationales de transposition de la Directive 95/46/CE, avait été amenée, dans sa Délibération du 3 janvier 2014, à dire la loi française applicable aux traitements en cause mis en œuvre par la société Google LLC, et à justifier ainsi sa compétence pour en connaître⁸.

Pour ce faire, la CNIL avait balayé les arguments présentés par la société américaine et considéré que sa compétence était fondée, dans la présente affaire, tant sur la localisation en France des moyens de traitement utilisés par la société⁹, que sur la présence en France d'un établissement de cette dernière en la personne de la société Google France, sa filiale française¹⁰.

On relèvera qu'à aucun moment, la Délibération du 3 janvier 2014 ne fait état de l'existence d'un autre établissement de la société Google LLC sur le territoire de l'UE en la personne de son autre filiale établie en Irlande.

⁸ Art. 5 de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 : « I.- Sont soumis à la présente loi les traitements de données à caractère personnel :
1° Dont le responsable est établi sur le territoire français. Le responsable d'un traitement qui exerce une activité sur le territoire français dans le cadre d'une installation, quelle que soit sa forme juridique, y est considéré comme établi ;
2° Dont le responsable, sans être établi sur le territoire français ou sur celui d'un autre État membre de la Communauté européenne, recourt à des moyens de traitement situés sur le territoire français, à l'exclusion des traitements qui ne sont utilisés qu'à des fins de transit sur ce territoire ou sur celui d'un autre État membre de la Communauté européenne. »

⁹ En application de l'art. 5 -I. 2°) de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978, le critère de la localisation des moyens de traitement sert à déclencher l'application de la loi française dans le cas où un responsable du traitement n'a pas d'établissement sur le territoire de l'UE. Il est à noter que cette disposition constitue encore le droit positif à ce jour, dans l'attente de l'entrée en vigueur, au plus tard le 1^{er} juin 2019, de l'ordonnance n° 2018-1125 du 12 décembre 2018 prise en application de l'article 32 de la loi n° 2018-493 du 20 juin 2018 relative à la protection des données personnelles et portant modification de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés et diverses dispositions concernant la protection des données à caractère personnel (voir Art. 29 de ladite ordonnance).

¹⁰ Pour plus d'informations sur le raisonnement tenu par la CNIL, voir sa Délibération du 03/01/2014 : <https://www.le-gifrance.gouv.fr/affichCnil.do?id=CNILTEXT000028450267>.

Le silence conservé sur ce point peut peut-être s'expliquer par le fait que la société Google LLC, sous l'empire – en tous les cas – de la Directive 95/46/CE, n'aurait, selon toute vraisemblance, pas pu en tirer un argument utile au soutien de sa contestation.

En effet, il faut rappeler que l'article 28 § 6 de la Directive 95/46/CE prévoyait que chaque autorité de contrôle a compétence pour exercer, sur le territoire de l'État membre dont elle relève, les pouvoirs dont elle est investie et ce, indépendamment du droit national applicable au traitement en cause.

Aussi, quand bien même la société Google LLC serait parvenue à convaincre la CNIL d'envisager l'application de la loi irlandaise au motif de l'existence de sa filiale irlandaise et de sa participation au traitement en cause, la CNIL n'aurait pas eu, de ce seul fait, l'obligation de décliner sa compétence.

Dans son avis 8/2010 sur le droit applicable (WP 179) du 16 décembre 2010¹¹, le Groupe dit de « l'article 29 »¹², à propos de tels cas de traitements effectués dans le cadre des activités de plusieurs des établissements d'un responsable du traitement situés dans des États membres différents, que « *la multiplication des législations applicables devenant dès lors un risque sérieux, il convient d'examiner la possibilité que des liens (à un niveau macro) entre les différentes activités de traitement puissent conduire à l'application d'une seule législation nationale* ».

L'idée de l'application d'une loi nationale unique, au moins dans certaines situations de traitement, avait ainsi vu progressivement le jour. De là à en arriver à l'idée d'un « guichet unique » dans le cadre duquel le responsable du traitement établi sur le territoire de plusieurs États membres ne relèverait, au moins pour certaines activités de traitement, que de la compétence d'une seule autorité de contrôle, il n'y avait plus qu'un pas.

Ce pas a été franchi par le RGPD.

En effet, outre le fait d'avoir institué, de par sa nature juridique particulière dans l'ordre juridique communautaire, une « loi unique » sur tout le territoire de l'UE, le RGPD a mis en place ce fameux mécanisme du « guichet unique » en définissant le concept d'autorité de contrôle

¹¹ L'avis 8/2010, dans sa version du 16 décembre 2010, peut notamment être consulté sur le site internet de l'autorité de contrôle luxembourgeoise https://cnpd.public.lu/dam-assets/fr/publications/groupe-art29/wp179_fr.pdf.

¹² Ancêtre de l'actuel Comité européen à la protection des données institué par le RGPD, le Groupe 29 regroupait les autorités de contrôle de tous les États membres.

chef de file et en organisant, de manière détaillée, un système de coopération entre celle-ci et la ou les autorités de contrôle dites « concernées » (sous-entendu : « concernées par le traitement en cause »).

Les conditions dans lesquelles le bénéfice de ce guichet unique peut être revendiqué par un responsable du traitement sont toutefois strictement définies.

La Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 en est une illustration.

On notera tout d'abord, dans cette dernière affaire, une évolution de la stratégie de défense de la société Google LLC dans la mesure où elle n'a plus cherché à contester que les activités de traitement en cause soient bien soumises au cadre juridique communautaire.

La société américaine n'en a pas moins tenté à nouveau d'échapper au pouvoir de contrôle de la CNIL en lui opposant cette fois la compétence de l'autorité de contrôle irlandaise qualifiée, pour les besoins de sa cause, d'autorité de contrôle « chef de file ».

Cette notion d'autorité de contrôle chef de file, innovation introduite par le RGPD, a pour fonction de permettre de trancher les conflits « intracommunautaires » de compétence dans le cas particulier d'un traitement transfrontalier.

Le RGPD définit la notion de traitement transfrontalier comme un traitement qui a lieu dans l'Union soit « *dans le cadre des activités d'établissements dans plusieurs États membres d'un responsable du traitement ou d'un sous-traitant lorsque le responsable du traitement ou le sous-traitant est établi dans plusieurs États membres* », soit « *dans le cadre des activités d'un établissement unique d'un responsable du traitement ou d'un sous-traitant, mais qui affecte sensiblement ou est susceptible d'affecter sensiblement des personnes concernées dans plusieurs États membres* »¹³.

En cas de réclamation portant sur un tel traitement, l'article 55 § 1 du RGPD érige en principe la règle de conflit suivante : « *l'autorité de contrôle de l'établissement principal ou de l'établissement unique du responsable du traitement ou du sous-traitant est compétente pour agir en tant qu'autorité de contrôle chef de file concernant le traitement transfrontalier effectué par ce responsable du traitement ou ce sous-traitant* », conformément à la procédure de coopération entre l'autorité de

¹³ Art. 4, 23) du RGPD.

contrôle chef de file et les autres autorités de contrôle concernées prévue à l'article 60.

Dans l'affaire tranchée par la CNIL dans sa Délibération du 21 janvier 2019, la société Google LLC soutenait que la société Google Ireland Limited devait être considérée comme son établissement principal dans l'UE pour les traitements en cause. En conséquence, l'autorité de contrôle irlandaise devait être considérée comme son autorité de contrôle chef de file et devait, en application de la procédure de coopération de l'article 60 du RGPD, se voir transmettre par la CNIL les plaintes reçues.

La question juridique centrale qui se posait ici était donc celle de déterminer si la société Google Ireland Limited devait ou non être qualifiée d'établissement principal de la société américaine.

La notion d'établissement principal d'un responsable du traitement est définie à l'article 4. 16) du RGPD comme « *le lieu de son administration centrale dans l'Union à moins que les décisions quant aux finalités et aux moyens du traitement de données à caractère personnel soient prises dans un autre établissement du responsable du traitement dans l'Union et que ce dernier établissement a le pouvoir de faire appliquer ces décisions, auquel cas l'établissement ayant pris de telles décisions est considéré comme l'établissement principal* ».

Avec une approche très didactique, la CNIL a réfuté les arguments présentés par la société Google LLC et estimé qu'il n'y avait pas de doute possible sur le fait que la société Google Ireland Limited ne pouvait pas être considérée comme l'établissement principal de la société Google LLC sur le territoire de l'UE.

À cette fin, la CNIL a relevé plusieurs indices parmi lesquels l'absence de désignation de la société irlandaise comme établissement principal dans les Règles de confidentialité de la société américaine ou encore l'absence de désignation par la société irlandaise d'un Délégué à la protection des données (« DPD ») pour les traitements en cause.

Toutefois, l'élément qui a été déterminant est le fait que la société Google LLC n'a pas été en mesure de démontrer que la société Google Ireland Limited disposait d'un pouvoir décisionnel s'agissant des traitements qui étaient en cause dans les plaintes dont la CNIL avait été saisie.

En effet, si la société Google LLC a pu établir que l'existence d'une forme de participation de la société irlandaise aux traitements en cause par les moyens matériels et humains dont elle dispose et grâce

auxquels les services de Google peuvent être fournis en Europe, la société américaine a en revanche échoué à prouver que la société irlandaise avait « *un quelconque pouvoir décisionnel quant aux finalités et aux moyens* » desdits traitements.

Autrement dit, la seule participation « matérielle » d'un établissement du responsable du traitement aux activités de traitement en cause, quand bien même il s'agirait du « *siège social du responsable du traitement en Europe* » (point qui n'a pas été contesté par la CNIL), ne suffit pas à en faire « *automatiquement* » son établissement principal au sens de l'article 4. 16) du RGPD.

En ce sens, l'apport de la Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 est important pour les groupes de sociétés qui mettent en œuvre des traitements transfrontaliers de données personnelles.

En effet, il en ressort que la désignation formelle, dans un acte (règles de confidentialité, règles internes d'entreprise, etc.), de telle société du groupe comme « établissement principal » ou la désignation, par telle de ces sociétés, d'un DPD commun à toutes les entités du groupe, ne sont pas de nature à emporter la conviction : l'autorité de contrôle, saisie d'une plainte, doit toujours vérifier *in concreto* et pour chaque traitement en cause, si cette société à laquelle la qualification d'établissement principal est attribuée par le responsable du traitement, dispose bel et bien d'un pouvoir décisionnel réel et effectif sur les finalités et les moyens dudit traitement.

Bien plus, la seule constatation de l'existence d'un tel pouvoir ne sera pas non plus suffisante. En effet, il faudra encore que l'établissement en question ait fait un usage réel de ce pouvoir pour les activités de traitement en cause et qu'il ait en outre le pouvoir de faire appliquer ses décisions. C'est en ce sens, a expliqué la CNIL, qu'il faut comprendre le Considérant 36 du RGPD lorsqu'il indique qu'il faut un « *exercice effectif et réel d'activités de gestion déterminant les décisions principales quant aux finalités et aux moyens du traitement dans le cadre d'un dispositif stable* ».

Cela signifie donc, à l'évidence, que l'établissement principal au sens de l'article 4. 16) du RGPD d'un responsable du traitement ne sera pas nécessairement toujours le même : tout dépendra du traitement en cause dans la réclamation portée devant une autorité de contrôle et du résultat de la vérification qui sera faite par cette autorité sur le rôle réel joué par l'établissement revendiqué comme « principal » : cet établissement a-t-il effectivement pris des décisions concernant les finalités et les moyens de ce traitement en particulier et si, oui, dispose-t-il d'un pouvoir réel de les faire appliquer ?

Dans sa Délibération du 21 janvier 2019, la CNIL a pris soin de souligner que son interprétation est conforme aux Lignes directrices du Comité européen à la protection des données (« CEPD ») du 5 avril 2017 concernant la désignation d'une autorité de contrôle chef de file d'un responsable du traitement ou d'un sous-traitant (WP244)¹⁴.

Cette interprétation conduit donc à relativiser l'enthousiasme de ceux qui ont pu, un temps, penser qu'il leur suffisait désormais, avec le RGPD, de désigner formellement tel établissement comme « établissement principal » ou que leur « établissement principal » serait nécessairement le lieu de leur administration centrale sur le territoire de l'UE. Comme l'exposent les Lignes directrices précitées du 5 avril 2017 du CEPD, dans le cas où « *un établissement autre que le lieu de l'administration centrale* » prend « *des décisions autonomes quant aux finalités et aux moyens d'une activité de traitement spécifique* », l'établissement principal au sens du RGPD ne sera pas celui de l'administration centrale.

La Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 incitera donc très probablement les groupes de sociétés (et confortera ceux qui avaient déjà pris une telle orientation), à centraliser, dans le chef d'une seule et même société, la prise de décision quant à la détermination des finalités et des moyens pour l'ensemble des traitements mis en œuvre au sein du groupe.

Une telle incitation pouvait d'ailleurs déjà se lire dans les Lignes directrices susmentionnées du 5 avril 2017 du CEPD lorsqu'elles expliquaient « *que, lorsqu'une entreprise multinationale centralise l'ensemble des décisions quant aux finalités et aux moyens du traitement dans un de ses établissements situés dans l'Union (et que cet établissement a le pouvoir de faire appliquer ces décisions), une seule autorité de contrôle chef de file sera désignée pour cette multinationale* » et qu'elles ajoutaient : « *En pareilles situations, il est essentiel que les entreprises déterminent avec précision le lieu où sont prises les décisions quant aux finalités et aux moyens du traitement* ».

Cela semble bien être en effet le seul moyen à la disposition des groupes de sociétés pour avoir une influence et donc une prévisibilité sur l'autorité de contrôle qui sera compétente en cas de contrôle.

Toutefois, là encore, l'efficacité d'un tel moyen doit être nuancé.

¹⁴ Les Lignes directrices peuvent être consultées notamment sur le site internet de la CNIL (https://www.cnil.fr/sites/default/files/atoms/files/wp244rev01_fr.pdf).

En effet, il faut, d'une part, rappeler que l'identification d'une autorité de contrôle chef de file n'a d'utilité que dans le cas de traitements qui répondent à la définition particulière des traitements transfrontaliers.

D'autre part, l'autorité de contrôle, saisie d'une réclamation, devra toujours se livrer à une vérification, « *sur la base d'un examen objectif des faits pertinents* » et au besoin, à l'aide des mécanismes de coopération et d'assistance institués par le RGPD entre les autorités de contrôle et avec le CEPD, des déclarations du responsable du traitement quant à l'existence d'un établissement principal pour le traitement transfrontalier en cause.

La charge de la preuve pèsera donc en tout état de cause sur le responsable du traitement et sa tâche ne sera pas nécessairement aisée comme le montre la Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 !

II. Les principaux enseignements concernant l'obligation d'information des responsables du traitement

L'obligation d'information incombant au responsable du traitement au bénéfice des personnes concernées est l'un des piliers de la construction communautaire en matière de protection des données personnelles.

La Directive 95/46/CE en a posé les jalons et le RGPD l'a accentuée. Ainsi, avec le RGPD, l'obligation d'information a évolué non seulement quantitativement (la liste des informations à communiquer aux personnes concernées a été allongée¹⁵), mais aussi et surtout peut-être qualitativement. En effet, les conditions et la manière dans lesquelles les informations doivent désormais être communiquées font l'objet de dispositions spécifiques, particulièrement exigeantes, prévues à l'article 12 du RGPD et regroupées sous le concept de « transparence ». La communication des informations doit ainsi se faire « *d'une façon concise, transparente, compréhensible et aisément accessible, en des termes clairs et simples* ».

Si certains responsables du traitement ont pu avoir la tentation de prendre à la légère cet article 12 du RGPD pour ne se concentrer que sur l'aspect quantitatif de leur obligation d'information, la Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 constitue un avertissement à prendre très au sérieux : la manière dont les informations sont communiquées est tout aussi importante que les informations elles-mêmes.

¹⁵ Voir l'art. 13 du RGPD pour les informations à communiquer en cas de collecte directe des données personnelles et l'art. 14 du RGPD pour celles à communiquer en cas de collecte indirecte.

Ainsi, si la communication des informations ne présente pas toutes les qualités de transparence requises, le responsable du traitement encourt une sanction au même titre que s'il avait omis l'une des informations.

Dans sa Délibération du 21 janvier 2019, la CNIL, après s'être livrée à une appréciation *in concreto* « *compte de la nature de chaque traitement en cause et de son impact concret sur les personnes concernées* », a considéré que la société Google LLC avait manqué à son obligation de transparence en raison « *d'un défaut global d'accessibilité des informations délivrées par la société dans le cadre des traitements en cause* » - certaines informations étant « *difficilement trouvables* ».

Il est à noter que, dans sa Délibération du 3 janvier 2014, la CNIL avait déjà souligné l'importance de « *la précision et la clarté de l'information communiquée aux personnes concernées* » - deux qualités que la CNIL avait qualifiées d'« *essentielles pour leur permettre de comprendre les conditions dans lesquelles leurs données sont collectées et traitées, ainsi que, le cas échéant, d'exercer effectivement les droits qui leur sont reconnus par la loi* ».

Pourtant, à l'époque, l'article 32-I de la loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 susmentionnée, fondement légal de l'obligation d'information incombant au responsable du traitement, ne prévoyait qu'une liste d'informations sans imposer aucune exigence sur la manière de les communiquer.

La CNIL n'avait cependant pas hésité à interpréter cette disposition nationale avec sévérité et à sanctionner déjà la société Google LLC pour manquement à son obligation d'information au motif que « *les informations fournies aux utilisateurs de ces services ne sont donc pas diffusées de manière suffisamment claire et recentrée pour satisfaire aux exigences de l'article 32-I de la loi* ».

A n'en pas douter, la Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 fera encore couler beaucoup d'encre.

L'une des raisons en est qu'il y a fort à parier que cette décision ne manquera pas d'être invoquée prochainement (si ce n'est déjà fait) par des personnes concernées au soutien d'actions en justice qui seront intentées contre la société Google LLC à titre individuel ou dans le cadre procédural particulier d'une action de groupe.

Jusqu'à et sous réserve (mais ne préjugeons pas de l'avenir) de son éventuelle invalidation par le Conseil d'État dont la saisine a été annoncée par la société Google LLC dans les jours qui ont suivi son prononcé, cette Délibération établit en effet l'existence d'une violation par la société Google LLC du droit d'information conféré par le RGPD aux personnes concernées.

Or une telle violation ouvre aux personnes concernées le droit de former un recours juridictionnel leur permettant, si elles justifient avoir subi un dommage matériel ou moral du fait de cette violation, d'obtenir la condamnation du contrevenant à réparer leur préjudice¹⁶

Cette Délibération de la CNIL du 21 janvier 2019 n'est donc certainement que le premier épisode d'une nouvelle saison dont on peut gager qu'elle sera suivie tout aussi assidûment que la huitième et dernière saison d'une fameuse série américaine tournée en Irlande (!) et dont le premier épisode vient à peine d'être diffusé...



*Dr. Maryline Durin, Avocat au Barreau de Strasbourg, Docteur en droit
Cabinet ANTELITIS, Strasbourg.*

Domaines d'activités dominantes : droit des contrats, droit du commerce électronique, protection des données personnelles.

Chargée d'enseignement en « Commerce électronique » et en « Protection des données personnelles » dans le Master 2 Professionnel « Droit de l'Internet et des Systèmes d'Information » de la Faculté de droit de l'Université de Strasbourg.

Zur Zukunft des deutsch-französischen Vertrags von Aachen

von Dr. Philippa Paternot

Er hat eine große und bewegte Vergangenheit. Seine Zukunft scheint – wie so oft – ungewiss. Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“, den die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron am 22. Januar diesen Jahres in Aachen unterzeichnet haben, ist ein Bekenntnis zur bereits aufgebauten deutsch-französischen Freundschaft und eine Erneuerung derselben für die Zukunft.

¹⁶ Art. 79 et 82 du RGPD.

**Grundstein:
Der Élysée-Vertrag**

Grundstein, auf dem der Aachener Vertrag aufbaut, ist der Élysée-Vertrag aus dem Jahre 1963. Kaum jemand hätte bei dessen Unterzeichnung geahnt, dass dieser Vertrag tatsächlich nicht nur lange Jahre deutsch-französischer Animositäten beilegen würde, sondern welche besondere Freundschaft im Großen wie im Kleinen daraus erblühen sollte. Zahlreiche größere und kleinere Projekte auf lokaler bis nationaler Ebene haben beide Länder ins Leben gerufen. Zu nennen sind beispielsweise die regelmäßigen Regierungskonsultationen über die Ministerräte, die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks sowie später der Deutsch-Französischen Hochschule oder auch die zahlreichen Städtepartnerschaften. Bemerkenswert ist zudem der deutsch-französische Tag, der seit dem 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages am 22. Januar 2004 jährlich am 22. Januar in beiden Ländern gefeiert wird. Sein Ziel ist es, Jugendlichen beider Länder mit dem Nachbarland und seinem kulturellen Reichtum bekannt zu machen.

**Neuer Impuls durch
Macrons Rede an der Sorbonne**

Nun hatte Präsident Macron in seiner Rede an der Pariser Universität Sorbonne im September 2017 den Abschluss eines neuen deutsch-französischen Abkommens angeregt. Die von ihm avisierte „Neugründung Europas“ sollte durch binationale Schritte, die die Stärkung Europas im Fokus haben, vorangetrieben werden. Ihm schwebte insbesondere eine Erneuerung im Geiste des Élysée-Vertrages vor. Voll des Elans war ein solches Abkommen ursprünglich bereits zum 55. Jahrestag des Élysée-Vertrages am 22. Januar 2018 geplant, was sich jedoch als nicht realisierbar herausstellte. Immerhin im folgenden Jahr zum 56. Jahrestag des Élysée-Vertrages konnte Macrons Initiative in Aachen schließlich umgesetzt werden.

Bisher gemischte Zwischenbilanz bei der Umsetzung des Aachener Vertrages

Neben den vielen lobenden Stimmen erntete der Vertrag vielfach Kritik. Obwohl ihm eine „Deutsch-Französische Agenda Prioritäre Vorhaben in Umsetzung des Vertrags von Aachen“ beigefügt war, wird ihm vorgeworfen, es handele sich um bloße Absichtserklärungen ohne konkrete Ansätze. Tatsächlich ist nun die große Frage, inwiefern den Worten des Vertrages auch Taten in der Umsetzung folgen. Die Tendenzen im Vorfeld des Aachener Vertrages wie auch seitdem sind gemischt. In vielen kleinen und größeren Bereichen scheinen die deutsch-französischen Beziehungen durchwachsen zu sein.

Unterzeichnung des deutsch-französischen Parlamentsabkommens

Bedeutendster Schritt bei der Umsetzung des Vertrages seit seiner Unterzeichnung dürfte die erste gemeinsame Parlamentarische Versammlung sein. Am 25. März diesen Jahres haben der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und der Präsident der französischen Nationalversammlung Richard Ferrand die Gründungsakte für das deutsch-französische Parlamentsabkommen unterzeichnet. Anschließend trafen sich jeweils 50 deutsche und französische Abgeordnete zur konstituierenden Sitzung in Paris. Die Versammlung soll

zwei Mal jährlich stattfinden, abwechselnd in Paris und Berlin. Mit ihren Beschlüssen müssen sich anschließend die beiden nationalen Parlamente befassen. Daneben haben auch der Bundesrat und der *Sénat* am 19. März eine gemeinsame Erklärung zur deutsch-französischen Zusammenarbeit unterzeichnet.

Deutsch-französisches Manifest über die Industriepolitik

Auf wirtschaftspolitischer Ebene ist das „Deutsch-französische Manifest über die Industriepolitik“ vom Februar 2019 zu nennen. Sein Ziel ist es, Europas Position in Schlüsseltechnologien auszubauen. So soll für den gemeinsamen Aufbau einer Produktion von Batteriezellen für Elektroautos in Bälde ein Konsortium aus Unternehmen der Automobilbranche gebildet werden. Bisher baut die europäische Automobilindustrie vor allem auf Batteriezellen aus Asien. Nach Angaben des deutschen und des französischen Wirtschaftsministers ist das Kooperationsprojekt schon „weit gediehen“. Bei der ersten Bewerbungsrunde für Fördermittel sollen sich über 30 Unternehmen gemeldet haben.

Rückschritt bei der Künstlichen Intelligenz

Wenn auch von beiden Ländern als gemeinsam voranzutreibende Schlüsseltechnologie bezeichnet, hat Deutschland im Bereich der Künstlichen Intelligenz einer ursprünglich vereinbarten engen deutsch-französischen Zusammenarbeit eine Absage erteilt. Um von den in diesem Bereich heute führenden Vereinigten Staaten und China nicht weiter abgehängt zu werden, betont Frankreich neben der nationalen Strategie vor allem die Notwendigkeit europäischer Kooperation. Die Bundesregierung hingegen hat das im Koalitionsvertrag ursprünglich geplante öffentlich verantwortete deutsch-französische Forschungszentrum zu Künstlicher Intelligenz degradiert zu einem bloßen Netzwerk. Auch in der Deutsch-Französischen Agenda zur Umsetzung des Aachener Vertrages ist bloß mehr die Rede von einem „virtuellem Zentrum für Künstliche Intelligenz auf Basis der bestehenden Strukturen beider Länder“. Entsprechend sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes gerade mal eine Million Euro pro Jahr für bilaterale Kooperationen in diesem Bereich vorgesehen, womit keine großen Sprünge zu schaffen sein dürften.

Verstärkte Betonung nationaler Interessen

Vor diesem Hintergrund erscheint die gemeinsame Forderung, das EU-Wettbewerbsrecht zu reformieren ein ambitionierterer Ansatz, um für geeignete rechtliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Deren Bedeutung hat allen Beteiligten erst kürzlich das wettbewerbsrechtlich begründete Fusionsverbot der Zugsparten von Siemens und Alstom klar vor Augen geführt.

Wie unterschiedlich die Herangehensweisen sind, wurde zuletzt daran deutlich, dass Frankreich Mitte April als einziger EU-Mitgliedsstaat gegen die erneute Aufnahme von Handelsgesprächen auf Unionsebene

mit den Vereinigten Staaten gestimmt hat. Hintergrund mag zwar unter anderem sein, auf die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu dringen. Die Relevanz der nationalen Interessen zeigt sich wiederum darin, dass Agrargüter aus den Verhandlungen ausgenommen werden sollen.

Bisher scheint der Wirkungsgrad des Aachener Vertrages gemischt zu sein. Die Regierungen sind dafür verantwortlich, die richtigen Impulse zu geben und passende Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Trotz des Bekenntnisses durch den Aachener Vertrag hapert es auf dieser Ebene aus unterschiedlichen Gründen immer wieder, um nationalen Interessen den Vorrang zu geben. Insbesondere die deutsche Seite könnte deutlich mehr Begeisterung für die europäische Idee zeigen.

**Hoffnungsschimmer:
Die Begeisterung für die
deutsch-französische Sa-
che auf Ebene der Bürger**

Letztlich spielt sich aber das eigentliche Leben der deutsch-französi- schen Beziehungen vor allem auf Ebene der Bürger, Unternehmen und Verwaltung ab. Entsprechend ist die im Aachener Vertrag ausführlich behandelte „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ von besonde- rer Bedeutung für viele Menschen in den Grenzregionen. Beschränkungen im Alltag, die sich für Bürger wie Unternehmen ergeben, sollen in allen Lebensbereichen erleichtert werden. Damit können sowohl Ab- rechnungsprobleme bei der Kranken- und Sozialversicherung ebenso gemeint sein wie eine bessere Abstimmung des öffentlichen Nahver- kehrs im grenzüberschreitenden Bereich oder die Vernetzung von Ver- waltungen. Auf deutscher Seite spielt hier die gemeinsame Länderkonferenz Frankreich der Bundesländer Saarland, Rheinland- Pfalz und Baden-Württemberg eine besondere Rolle, die zuletzt im vergangenen März tagte. Ihr Ansprechpartner auf französischer für die grenzüberschreitende Kooperation ist die Region Grand-Est.

Trotz der Zögerlichkeiten und Rückzieher auf nationaler Ebene bleibt bei den Akteuren des „tatsächlichen Lebens“ nach wie vor ein starker Wille zu einer weiter vertieften deutsch-französischen Zusammenar- beit erkennbar. Das gibt Hoffnung. Denn gerade angesichts der zuneh- menden Flugkräfte von einem geeinten Europa weg ist eine solide deutsch-französische Basis faktisch wie symbolisch wichtiger denn je.



Dr. Philippa Paternot ist Rechtsanwältin, Maître en droit und Wirtschaftsmediatorin (MuCDR) bei Kutscher-Puis Legal in Düsseldorf. Sie ist insbesondere tätig im deutschen Handels-, Vertriebs, Vertrags- und Gesellschaftsrecht und berät in deutscher, französischer und englischer Sprache.

■ Lesenswerte Publikationen aus Deutschland und Frankreich

Philippe Cossalter/Claude Witz (dir.) : Soixante Ans d’Influences Juridiques Réciproques Franco-Allemandes. Jubilé des 60 ans du Centre Juridique Franco-Allemand, Université de la Sarre. Collection Droit comparé et européen. Vol. 24. Société de législation comparée, Paris 2016, 298 pages, EUR 28.

von Dr. Jürgen Jekewitz

(zuerst abgedruckt in Goldammer’s Archiv für Strafrecht 12/2018, S.715 ff.)



Im Rückblick erscheint das Jahr 2015 als besonders fruchtbar für die deutsch-französische bzw. französisch-deutsche Rechtsvergleichung: An seinem Beginn veröffentlichte ein Kreis befreundeter Doktoranden aus beiden Ländern mit dem Schwerpunkt in Berlin und Freiburg eine vergleichende Darstellung des jeweils anderen Verfassungsrechts (Nikolaus Marsch/ Yoan Vilain/Mattias Wandel, Französisches und Deutsches Verfassungsrecht. Ein Rechtsvergleich. Springer, Berlin 2015, 460 S.; vgl. auch die Rezension in den im Internet nachzulesenden „actualités“ der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung – DFJ - www.dfj.org, Ausg. 1/2015, S.11f). GA wiederum widmete seine gesamte Nummer 12/2015 dem deutsch-französischen Strafrechtsvergleich, nachdem im November 2015 das fünfte französisch-deutsche Strafrechtscolloquium in Lyon stattgefunden hatte.

Diese Ereignisse bzw. Veröffentlichungen bilden sozusagen den Rahmen für die Jubiläumsveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Centre Juridique Franco-Allemand an der Universität des Saarlandes im Oktober 2015, das einen Monat vorher bereits Anlass und Ort für die DFJ gewesen war, einer Anregung und Einladung folgend zusammen mit der französischen Schwesternvereinigung Association des Juristes Français et Allemands – AJFA – dorthin zu binationalen Jahreskonferenz einzuladen. Die Vorträge der Jubiläumsveranstaltung des ursprünglich 1955 als Centre d’Etudes Juridiques Françaises gegründeten und 1981 in ein Centre Juridique Franco-Allemand als Teil der juristischen Fakultät der Universität des Saarlandes umgewandelten Institution haben inzwischen mit Philippe Cossalter der aktuelle Co-directeur für den Bereich des öffentlichen Rechts und mit Claude Witz der langjährige Co-directeur für den Bereich des Zivilrechts herausgegeben. Ihre einleitenden Vorbemerkungen und abschließenden Darstellungen zu Geschichte und aktuellem Stand sollten vorab gelesen werden, um einen Eindruck von der Arbeit dieses Schwerpunkts der juristischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet zweier Rechtsordnungen zu verschaffen.

Natürlich ist der Ansatz der auf der Tagung behandelten eigentlichen Sachthemen rechtsvergleichend, aber eben unter einem spezifischen Verständnis, das auch logisch erläutert wird. Und ebenso natürlich wurden bei der Grobunterteilung in Privat-, Öffentliches und Strafrecht Einzelbereiche ausgewählt, mit denen sich aktuelle und emeritierte akademische Lehrer sowie ehemalige Schüler und der Arbeit des CJFA besonders verbundene Juristen beschäftigt haben. Und wiederum ebenso natürlich und deshalb aner kennenswert ist es, dass auch die nicht-muttersprachlichen Vortragenden sich des Französischen bedienen, das ihnen nach Studium und Aufenthalt am CJFA vertraut war, und alle erwarten konnten, dass sie von allen Teilnehmern verstanden wurden.

Dass sie dabei gelegentlich in der Bewertung des Umfangs an gegenseitiger Überformung unterschiedliche Auffassungen vertraten, zeigte sich für den Bereich des Privatrechts am gewählten Beispiel des Schuldrechts. Einleitend erklärte Claude Witz nüchtern und souverän, warum man den Begriff der „wechselseitigen Einflussnahme“ bzw. „Beeinflussung“ als Leitmotiv gewählt habe, und verdeutlichte das an für ihn weniger spektakulären Teilrechtsfragen, bei denen deutsches Recht in das französische „eingewirkt“ habe, aber auch Chancen dabei verpasst worden seien. Diesen Ansatz der „*legal transplants*“ griff Ulrike Babusiaux als inzwischen an der Universität Zürich tätige Professorin für den umgekehrten Weg beim Code Civil beginnend auf und widersprach dabei auch als im Ansatz zu einseitig einem von ihr vorangestellten Zitat des Vorsitzenden der DFJ, dass direkte Einflüsse des französischen auf das deutsche Recht eher gering und natürlicher Ausdruck der unterschiedlichen Rechtskulturen der beiden Länder sind (Marc-Philippe Weller, Das Privatrecht in Deutschland und Frankreich: Einflüsse und Resistenzen nach 50 Jahren Elysée-Vertrag, JZ 2013, S.1021 ff). Auf derselben Linie bewegten sich die Darstellungen von Liliane Nau und Francis Limbach in Bezug auf das Gesellschaftsrecht: Wo es keine direkte Beeinflussung gebe, erfolge diese zunehmend „über die Bande“ des europäischen Gesetzgebers – auch wenn die Veränderungen des nationalen Rechts gelegentlich zeitversetzt und nicht immer für die eine oder andere Seite dogmatisch „lupenrein“ wie beim Verbraucherschutz realisiert worden seien. Schon nostalgisch schloss dieser Teil mit den Erinnerungen von Françoise Furler, der emeritierten Doyenne des Familienrechts des CJFA, wenn sie über den langen und schwierigen Weg der Bewusstseinsbildung hin zu einem verfassungsrechtlich begründeten Recht auf eine nichteheliche Lebensgemeinschaft in Deutschland im Vergleich zum französischen berichtet.

Den zweiten Bereich des öffentlichen Rechts mit einem Vergleich des Einflusses des deutschen Verfassungsrechts auf das französische eröffnete mit Michel Fromont erneut ein Doyen dieses Komplexes am CJFA und als solcher intimer Kenner der Rechtsprechung des BVerfG und seiner Wirkungen auch auf und in Frankreich. Das darauf folgende Thema „teilten“ sich zwei Mitverfasser der eingangs erwähnten Veröffentlichung insoweit, als sie dem „französischen Frosch“ einen „deutschen Stier“ gegenüberstellten – Aurore Gaillet als Überschrift für einen deutsch-französischen Vorschlag zu Verständnis und Wirkungsweise von „*droits fondamentaux*“ und Grundrechten; Thomas Hochmann zur Bedeutung beider Ansätze für den Einfluss von Louis Favoreu auf die noch immer stark umstrittene Entwicklung einer „*Constitutionnalisation du Droit*“ als durchgehende Anerkennung einer prioritären, dem gesamten Recht vorgehenden und dieses prägenden Stellung der Verfassung und der dazu ergehenden Verfassungsrechtsprechung, wobei Favoreu wiederum von der Darstellung der deutschen Situation durch Michel Fromont beeindruckt war, was Hochmann selbst (S.190 Fn.31) nach Michel Fromont (S.142 Fn.2) und vor Ulrich Stelkens (S.210 Fn.54) zu einem Textverweis benutzt. Ulrich Stelkens als ebenfalls früherer Student am CJFA und inzwischen Professor an der Speyrer Hochschule hat sich die schwierige Aufgabe vorgenommen, abschließend aktuelle Einflüsse des französischen Verwaltungsrechts auf das deutsche Verwaltungsrecht darzustellen. Das ist einerseits bereits wegen der Rechtsweggarantie des Art.19 Abs.4 GG und darüber hinaus wegen der in Frankreich unbekanntem Trennung zwischen einem bzw. vielen sich primär nur an die Verwaltung richtenden Verwaltungsverfahrensgesetzen und der auf die Verwaltungsgerichtsbarkeit zielenden Verwaltungsgerichtsordnung schwierig. Stelkens musste deshalb viel Raum der Darstellung und Bedeutung des deutschen, durch die strikte Rechtsbindung der Verwaltung geschuldeten Widerspruchsverfahrens und seiner Variationen verwenden. Dass das auch Einfluss auf die Dichte und Verfahrenshäufigkeit in der französischen Verwaltungsgerichtsbarkeit hat, hätte ebenso mehr Beachtung verdient wie die Tatsache, dass gerade eine in Frankreich seinerzeit noch unbekanntem Verwaltungsgerichtsbarkeit ihre erste Einführung und Erprobung in den drei zeitweilig französischen linksrheinischen Departments der Nachrevolutionszeit erfuhr; Lars Brocker, der Präsident des OVG Koblenz, hat darüber beim traditionellen Spargelesen der DFJ im Frühjahr 2016 berichtet.

Ins eher Allgemeine, Grundsätzliche wandte sich abschließend die Beschäftigung mit den deutsch-französischen wechselseitigen Einflüssen im Strafrecht. Als echtes „Saarländer Gewächs“ konnte Heike Jung souverän unter einem zunächst nichtssagenden Titel „einige Überlegungen und persönliche Eindrücke“ übermitteln, die sich, ähnlich wie bei seiner Einleitung zu GA 2/15, zu einem Grundsatzreferat über

Rechtsvergleichung unter den besonderen Bedingungen der Situation im Saarland ausweiteten. An das strafrechtliche Hochreck trat dann sein Schüler Julien Walther, mittlerweile an der Université de Lorraine in Nancy, aber weiter als Lehrbeauftragter am CJFA tätig, wenn er sich rechtsvergleichenden Überlegungen über den deutsch-französischen Austausch auf dem Gebiet des Allgemeinen Teils des Strafrechts und dort dem Problem einer Definition des Straftatbestandes zuwandte und dafür den hübschen französischen Titel „*Périple d'un Pèlerin entre Cathédrale Dogmatique et Chapelles d'Ecoles*“ wählte. Das ist kaum zu übersetzen, als Bild eines deutschen, wohlgeordneten und streng aufgebauten Kirchenschiffs den vielen kleinen, im Schatten des alles überragenden Privatrechts nur kümmerlich existierenden Kapellen entgegengesetzt aber durchgehend einleuchtend. Das ist das von Claude Witz für die Arbeit des CJFA aufgerufene besondere Verständnis von wechselseitiger Beeinflussung bei Rechtsvergleichung und Rechtsvermittlung. Der Tagungsband sollte viele Leser, wenn nicht eine deutsche Übersetzung erfahren – ein Wunsch, der umgekehrt weiter für den eingangs erwähnten Band gilt.

Manfred Hammes: Durch den Süden Frankreichs: Literatur, Kunst, Kulinarik, Nimbus. Kunst und Bücher, EUR 29,80.

von Panna Daracz und Viktor Habrich



„Wir brauchen Gesinnung, keine Bücher.“ Mit diesem Satz, so schreibt der Autor dieses „Reiseverführers“, sei dem demokratischen Juristen, Politiker und Chefredakteur Franz von Löher die Anmeldung zum Richterexamen abgelehnt worden. Grund dafür: Jener hatte nach dem Ende der Revolution von 1848 und Beendigung seiner Gefangenschaft zahlreiche Reisen unternommen, die ihn zum Verfassen von Reiseliteratur bewegten und deren Veröffentlichung ihn als großen Stilisten bekannt – und in diesem Falle wohl zu bekannt – gemacht hatten.

In diesem einzigartigen Buch „Durch den Süden Frankreichs“ nimmt Manfred Hammes, selbst Jurist, Schriftsteller und Filmemacher, den Leser mit auf eine Spurensuche, eine Reise, einen Streifzug durch Literatur, Kunst und Kulinarik der Provence und des Languedoc. Auf 700 Seiten bekommt man in nicht zu übertreffendem, hingebungsvollem Detailreichtum den „Midi“ in Skizzen, durch Hintergründe, „gewagte Querverbindungen“, Zitate und Anekdoten nähergebracht.

Dass das Buch nicht gedacht ist, in einem Stück gelesen zu werden, stellt der Autor schon zu Beginn in einer kleinen „Gebrauchsanweisung“ klar und legt dem Frankreichliebhaber nahe, nach Lust und Laune von einem beschriebenen Ort zum nächsten zu springen. Es ist

eben kein „akribisch-systematische[r] Reise- und Literaturführer“, denn ein solcher zu sein, war nie Hammes´ Ziel. Stattdessen ist das Buch etwas zum Genießen, eine Einladung, im Süden Frankreichs zu verweilen, sei es im Urlaub tatsächlich vor Ort oder durch Hinträumen aus kälteren Regionen oder Jahreszeiten.

Für jeden, der schon einmal an einem oder mehreren dieser Orte im "Midi" gewesen, und dort auf das Lebensgefühl des „Savoir vivre“ gestoßen ist, wird in dieser Sammlung mit Freude und Erstaunen viel Neues erfahren sowie bereits Bekanntes aufs Neue entdecken.

Die Autoren – Panna Daracz und Victor Habrich – haben in Aix-en-Provence bzw. in Montpellier studiert.

Beide sind Assistenten an der Universität Heidelberg.

Philippe Cossalter, Maria Kordeva, « Les gouvernements intermédiaires : l’exemple de la République fédérale d’Allemagne », *Revue française de droit administratif*, n° 6, 2018, p. 1016-1020.

von Maria Kordeva

La Constitution de la République fédérale d’Allemagne et les constitutions des États fédérés allemands (Länder) règlent de manière différente les rapports entre le parlement nouvellement élu et un gouvernement sortant. Il existe de nombreux cas de figure.

La Loi fondamentale du 23 mai 1949 (art. 69, al. 2 et 3), la Constitution de Bade-Wurtemberg, la Constitution de Rhénanie du Nord-Westphalie (art. 62, al. 2) et la Constitution de Sarre (art. 87, al. 3, première phrase) disposent que les fonctions du chef du gouvernement ne se terminent qu’avec le début de la législature. Par les élections, qui donnent la composition d’un nouveau Parlement, s’achève le mandat du chef du gouvernement qui n’est plus considéré comme « titulaire de la fonction » (Amtsinhaber). La Constitution de Bavière (art. 44) introduit la notion de durée du gouvernement, celle de Brême ouvre la possibilité d’élire un chef du gouvernement pour la durée d’une législature (art. 107, al. 2), tandis que les Constitutions de Hesse (art. 113, al. 2) et de Basse-Saxe (art. 24, al. 2) optent pour la démission du Premier-ministre déclenchée par l’entrée en fonction du nouveau Parlement (Landtag), ce qui signifie que l’ouverture de la nouvelle législature n’agit pas comme une « perte de la fonction » (Amtsverlust) mais convient d’être perçue comme entraînant une obligation constitutionnelle concrète : la démission. Les textes constitutionnels de Berlin (art. 41, al. 1er), Hambourg (art. 34), Rhénanie-Palatinat (art. 98, al. 2) et Schleswig-Holstein (art. 21, al. 2) ne prévoient ni une obligation de démission incombant au Premier-ministre après le début de la nouvelle législature, ni ne contiennent des dispositions précises relatives à la

durée d'exercice des fonctions gouvernementales. Il s'agit d'une tradition provenant des textes constitutionnels de Länder de l'époque weimarienne.

L'article s'attèle à expliquer la signification de l'art. 69, al. 3 de la Loi fondamentale en analysant la raison pratique de l'existence d'une disposition constitutionnelle prévoyant la fin des fonctions du gouvernement fédéral et les modalités de composition du gouvernement intérimaire. Cette analyse est nécessaire afin de comprendre l'étendue des compétences constitutionnelles du gouvernement intérimaire agissant dans le cadre de l'article 69, al. 3 qui se trouve limitée par la spécificité de cette configuration gouvernementale.

Silvia Katzenmaier, « Jüngere Entwicklungen im französischen Familienrecht », *Neue Zeitschrift für Familienrecht*, 2019, S. 107-109.

von Maria Kordeva

Dieser kurze Beitrag bildet eine Übersicht über die wesentlichen Entwicklungen im französischen Familienrecht der letzten Jahre. Berücksichtigt sind insbesondere die Reform des Scheidungsrechts sowie weitere gesetzliche Änderungen und richtungsweisende Entscheidungen der obersten französischen Gerichte. Sowohl die Gesetzesreform vom 17. Mai 2013 gemäß Art. 143 Code civil, die Reform zur Modernisierung der Justiz des 21. Jahrhunderts vom 1. Januar 2017, das Reformgesetz vom 18. November 2016 über den Pacte civil de solidarité, das Reformgesetz vom 16. Februar 2015 über die elterliche Sorge, als auch aktuelle Urteile des französischen Kassationsgerichtshofes und des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sind in dieser Übersicht dargestellt.

Die Analyse fokussiert sich auf die Ehe und das Scheidungsrecht (Eheschließung, Ehe name, Ehescheidung), auf die « prestation compensatoire », das Güterrecht, den Pacte civil de solidarité (PACS), den Personenstand, die elterliche Sorge, die Abstammung, die Adoption und die Leihmutterchaft und enthält schließlich Erläuterungen zum Umgangsrecht.

Fabian Laurent Schirmer: Die Selbstbindung des Erblassers im deutschen und französischen Recht, Mohr Siebeck, 2019, 263 S.

von Maria Kordeva



Ein Odium, heißt es, begleitet die erbrechtliche Bindung, wie sie durch Erbvertrag oder Schenkung von Todes wegen durch den Erblasser selbst hervorgebracht werden kann. Sie gilt sowohl im deutschen als auch im französischen Recht als eine Beschränkung der Testierfreiheit, sodass von Freiheit auch dann gesprochen wird, wenn dem Erblasser verboten ist, eine erbrechtliche Bindung einzugehen. Nicht nur das Verbot der Erbverträge im Code civil, die prohibition des pactes sur succession future, sondern auch die Vorgaben des BGB offenbaren hier ein restriktives Verständnis erbrechtlicher Privatautonomie. Vor diesem Hintergrund wird in beiden Rechtsordnungen große Sorgfalt auf die diffizile Unterscheidung zwischen Vertragsfreiheit auf der einen und Ausübung von Testierfreiheit auf der anderen Seite gelegt, d.h. die Abgrenzung von Rechtsgeschäften unter Lebenden und von Todes wegen.

Die vorliegende Arbeit wurde mit dem Fachbereichs-Preis des Fachbereichs Rechtswissenschaften für das akademische Jahr 2017/2018 der Philipps-Universität Marburg ausgezeichnet.

Lukas Stelten; Gerichtlicher Grundrechtsschutz in Frankreich, Schriftenreihe der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung, Nomos, 2018, 426 S.

von Maria Kordeva



Der Schutz der Grundrechte hat in Frankreich in den letzten Jahren spürbar an Kontur gewonnen und zählt mittlerweile zu den zentralen Aufgaben der Gerichte. Die primären Triebkräfte dieser Entwicklung waren der europäische Grund- und Menschenrechtsschutz sowie die Rechtsvergleichung. Der erste Teil der Arbeit zeigt auf, welche Befugnisse dem Conseil constitutionnel sowie den französischen Fachgerichten mit Blick auf den Grundrechtsschutz zukommen. Zu diesem Zweck wird die historische Entwicklung des gerichtlichen Grundrechtsschutzes in Frankreich nachgezeichnet, bevor die grundrechtsrelevanten Verfahren vor dem „Verfassungsrat“ und den Fachgerichten im Einzelnen dargestellt werden. Der zweite Teil der Arbeit zeichnet die konzeptionelle Entwicklung des französischen Grundrechtsschutzes vom Schutz durch das hin zum Schutz vor dem Parlamentsgesetz nach, analysiert die französische Grundrechtsterminologie und beleuchtet die zentralen Aspekte der französischen Grundrechtsdogmatik.

Alain de Schlichting, Xavier Volmerange: Einführung in die französische Rechtssprache/Introduction au français juridique, 4. Auflage, C.H. Beck, 2018, 311 S.

von Maria Kordeva



Das Lehrbuch greift Erfahrungen aus dem akademischen Terminologieunterricht auf und bietet dem deutschsprachigen Publikum einen ausgezeichneten Einstieg in die französische Rechtssprache.

Inhalt:

- Allgemeine Einführung in das Privatrecht
- Gerichtsverfassung
- Schuldrecht: Einleitung
- Einzelne Schuldverträge: Kaufvertrag, Mietvertrag
- Geschäftsführung ohne Auftrag und ungerechtfertigte Bereicherung
- Unerlaubte Handlungen
- Strafrecht
- Verfassungsrecht: die Verfassung; Verfassungsorgane; Gesetzgebung; Verordnungsbefugnis
- Verwaltungsrecht: das allgemeine Verwaltungsrecht; Verwaltungsakt und Verwaltungsvertrag; Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Völkerrecht: allgemeines Völkerrecht; Gemeinschaftsrecht

■ Interview mit Persönlichkeiten des deutsch-französischen Rechtslebens

Herr Prof. Dr. Dr. h.c. Claude Witz im Interview



Nach dem ersten Interview der Actualités mit Frau Prof. Dr. Daurer-Lieb (Actualités 2/2018) freuen wir uns sehr darüber, dass sich Herr Professor Dr. Dr. h.c. Claude Witz, Emeritus des Lehrstuhls für französisches Zivilrecht, Centre juridique franco-allemand der Universität des Saarlandes, bereit erklärt hat, unsere Fragen zu beantworten.

Herr Prof. Dr. Witz ist ein profunder Kenner des französischen und deutschen Zivilrechts sowie des UN-Kaufrechts. Unter vielen Monographien hat er das mehrbändige Werk „Droit privé allemand“ (Litec) und den französischen Standardkommentar Schlechtriem/Witz „Convention de Vienne sur les contrats de vente internationale de marchandises“ (Daloz) veröffentlicht.

Dans quelles circonstances avez-vous commencé à vous intéresser au droit allemand ?

J'ai accompli toutes mes études à la Faculté de droit de Strasbourg. A cette époque, il n'existait aucun accord de partenariat entre ma Faculté et celles d'Outre-Rhin. De l'Allemagne, je ne connaissais que Kehl-am-Rhein et Baden- Baden ! Mon déclic pour le droit allemand a été mon sujet de thèse sur la fiducie en droit privé français. La *Treuhand* allemande a été pour moi une puissante source d'inspiration. Mais ma véritable immersion dans le droit privé allemand s'est produite plus tard, à l'occasion de ma nomination à l'Université de la Sarre. J'ai alors pu mesurer toute la richesse conceptuelle du droit privé allemand, les mérites de la formation du *Volljurist* et les originalités de la vie universitaire allemande.

Quelles différences ayant des incidences sur votre propre vie professionnelle relevez-vous particulièrement entre les pratiques juridiques en France et en Allemagne ?

La question est vaste, en raison de la plasticité du concept de « pratiques juridiques » et des divers volets que peut avoir une vie professionnelle. J'entendrai, par « pratiques juridiques » dans les deux pays, celles se rattachant tout d'abord à l'enseignement du droit, au cœur de ma vie professionnelle. La méthode d'enseignement du droit suivie en Allemagne a influencé ma propre manière d'enseigner le droit civil français. Partir du Code civil, que les étudiants sont invités à consulter durant le cours, développer une authentique connaissance de la matière par le biais de cas pratiques, revoir des questions déjà étudiées dans des cours précédents, sans esprit de cloisonnement en fonction des programmes des examens. Le fond l'emporte sur la forme. On attache trop d'importance en France aux plans en deux parties et deux sous-parties, qui sont souvent prônés même pour résoudre des cas pratiques ou commenter des arrêts ! J'ai pu à maintes fois constater que les connaissances des étudiants allemands en droit civil à l'issue du Premier examen d'Etat sont plus solides que celles de leurs condisciples titulaires du Master 1.

En tant qu'expert judiciaire auprès des juridictions allemandes dans des litiges amenant le juge à mettre en œuvre le droit français, il me semble que la justice civile est mieux rendue en Allemagne qu'en France : à l'audience, le ou les juges connaissent les dossiers, ce qui leur permet de dialoguer efficacement avec les avocats. La technique du « *Hinweisbeschluss* » me semble excellente. Un bon test de la qualité des décisions des juges du fond en Allemagne et en France est la comparaison des décisions rendues sur la base de règles juridiques

communes, comme celles de la Convention de Vienne sur la vente internationale de marchandises. La qualité des décisions des juges du fond allemands dépasse de loin le niveau de celles de leurs homologues français. Il y aurait beaucoup à dire sur ce sujet.

Selon vous, quels sont les métiers les plus adaptés à des juristes ayant des connaissances en droit français et en droit allemand ?

Le « plus » qu’apportent de solides connaissances dans le système juridique du pays voisin est bien sûr précieux dans les carrières d’avocats, de notaires et de juristes d’entreprise. Il ne faut pas pour autant sous-estimer les avantages que peuvent en tirer les magistrats, au sein de leurs juridictions, surtout de celles des régions frontalières, ou encore dans le cadre de réseaux de coopération judiciaire franco-allemande.

Quelles sont les recommandations que vous pourriez donner d’une façon générale à des jeunes juristes dans le but d’accéder à une vie professionnelle épanouissante ? Auriez-vous éventuellement des recommandations différentes selon le pays d’origine des juristes ?

Mes recommandations s’adresseront aux bacheliers et aux *Abiturienten* qui souhaitent déployer leur vie professionnelle dans le franco-allemand : 1) suivre une formation centrée sur les matières fondamentales du droit, au lieu d’échanges limités à un ou deux semestres en cours d’études portant sur des matières spécialisées ; rien ne vaut une coéducation dans les deux systèmes, dès la première année ; 2) développer une culture historique et littéraire du pays voisin ; 3) ne pas négliger l’anglais, la lingua franca des échanges internationaux.

■ Nachrichten aus dem Hochschulbereich und aus der Anwaltschaft

Der Deutsch-Französische Zukunftsdialog – Blick über den juristischen Tellerrand

von Gregor Roßwinkel, Richter (Amtsgericht Arnsberg)

Freiburg, Stockholm, Saint-Ouen. Wer zwischen diesen drei Städten keine unmittelbare Verknüpfung herstellen kann, dem sei verziehen: Es handelt sich um die Tagungsorte des Jahrgangs 2018 des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs. Im Januar letzten Jahres bin ich über eine entsprechende Mitteilung der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung (der Dank gebührt wie immer Jutta Leither) tatsächlich zum ersten Mal auf diese Veranstaltungsreihe aufmerksam geworden, obwohl es sie bereits seit dem Jahr 2007 gibt. Der Deutsch-Französische Zukunftsdialog wird gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und dem Institut français des relations internationales (Ifri) organisiert und wurde zumindest bis zum letzten Jahr von der Robert-Bosch-Stiftung unterstützt, die allerdings gerade ihre Förderprogramme neu organisiert – Ergebnis (meinem Kenntnisstand nach) noch offen. Er soll junge Nachwuchsführungskräfte zwischen 25 und 35 Jahren mit Verbindungen zu Deutschland und Frankreich im Rahmen von Seminaren und Workshops zusammenbringen.

Dies funktioniert auch außerordentlich gut: Auf die ausgewählten etwa 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen etwa zehn Mal so viele Anmeldungen. Dementsprechend gab es auch ein normales Bewerbungsverfahren mit Anschreiben, Lebenslauf usw., was für mich nach schon einigen Jahren im Beruf doch eher ungewohnt war, allerdings auch eine Gelegenheit geboten hat, die eigenen Unterlagen nochmals zu sichten und zu überarbeiten.

Nach einigen vorbereitenden Hinweisen zum Ablauf und zum Programm ging es im April 2019 mit dem ersten Seminar in Freiburg los. Die Seminare fanden jeweils an Wochenenden statt; die Unterkunft in den (jedes Mal besonderen und hochwertigen) Tagungshotels sowie Verpflegung und Reisekosten wurden vollständig übernommen. Von Beginn an kam es zu äußerst spannenden Unterhaltungen mit den übrigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, wobei der Altersdurchschnitt eher bei Ende 20 als Anfang 30 gelegen hat. Mit 33 Jahren war ich dort sogar der zweitälteste.

Das erste Seminar in Freiburg befasste sich im Wesentlichen mit der Vorstellung des Programms und der Einteilung in Arbeitsgruppen. Unser Jahrgang sollte nicht lediglich Vorträgen lauschen, sondern selbst aktiv werden und in Kleingruppen Befragungen zum Jahrgangsthema durchführen: Es ging um den Vertrauensverlust in die Politik. Die Kleingruppen fanden schnell unterschiedliche Arbeitsfelder, auf die sie sich konzentrieren wollten (zum Beispiel die Situation benachteiligter Jugendlicher, die Rolle der Gewerkschaften oder die Entwicklung des ländlichen Raums), und fertigten Entwürfe für Fragebögen an. Hierbei wurden wir von Experten angeleitet, die uns Hilfestellungen für unsere Arbeit gaben. Zwischen dem ersten und dem letzten Seminar haben die Gruppen dann ihre Befragungen durchgeführt und die Ergebnisse in verschiedene mediale Formen (Fotodokumentationen, Podcasts u. a.) gegossen, die zum Teil bereits auf der Webseite des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs veröffentlicht sind; teilweise steht die Veröffentlichung noch aus.

Neben der Gruppenarbeit gab es während der Seminare weitere Vorträge von Personen, die sich in der ein oder anderen Weise gesellschaftlich engagieren und prägnanter Aussagen zu den Themen Demokratiedefizit und Vertrauensverlust in die Politik machen konnten. Die in der Diskussion mit diesen Experten gewonnenen Erkenntnisse sind anschließend zum Teil in die weitere Arbeit der Kleingruppen eingeflossen.

Das zweite Seminar fand in Stockholm statt. Leider konnte ich aus persönlichen Gründen kurzfristig nicht dabei sein. Es ging dort in erster Linie um verschiedene Initiativen in der schwedischen Zivilgesellschaft. Der Hintergrund für ein Seminar in Stockholm liegt darin, dass der Zukunftsdialog jedes Jahr ein Gastland hat, in dem zusätzlich zu Deutschland und Frankreich ein Seminar stattfindet. Dies erlaubt einen Blick über die manchmal doch auf etwas ausgetretenen Pfaden daherkommenden deutsch-französischen Initiativen.

Ausgetretene Pfade haben meine Mitstreiterinnen und Mitstreiter und ich allerdings nie betreten. Ich habe sowohl während der Seminare als auch während der Kleingruppenarbeit unheimlich von dem gegenseitigen Austausch profitiert und viel gelernt. Besonders herausragend war für mich der Kontakt mit einer Vielzahl von Leuten im selben Alter aus völlig anderen Berufen. Dies macht für mich das Wesen des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs aus: Über den eigenen (beruf-

lichen) Schatten zu springen und zu versuchen, die Scheuklappen abzulegen, die man doch zwangsläufig in irgendeiner Art und Weise trägt.

Die Juristen waren im letzten Jahrgang klar in der Minderheit: Die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus dem (weit gefassten) Feld von Politik und Verwaltung, aber es waren auch Wirtschaftswissenschaftler, NGO-Aktivisten und Naturwissenschaftler dabei, was für diverse und teilweise überraschende Themen und Sichtweisen sorgte. Im persönlichen Austausch konnten wir uns beispielsweise damit auseinandersetzen, welche Wirkung jeder einzelne von uns im Alltag auf die eine oder andere Weise erzielen kann und wie sich die Effekte verstärken lassen. Hängen geblieben – im doppelten Sinne – ist dabei unter anderem ein Zettel, den sich der Kollege einer Teilnehmerin an den Bildschirm geklebt hat: „Europa immer mitdenken!“

Ähnlich wie bei den Vorseminaren der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung war das Programm relativ vollgepackt, dabei aber – wie bei den Vorseminaren – von den drei Projektverantwortlichen super organisiert und strukturiert. Ich würde sofort wieder teilnehmen, wenn ich könnte. Zum Glück gibt es eine Ehemaligenvereinigung, die jedes Jahr Veranstaltungen in Deutschland und Frankreich ausrichtet, bei denen man Leute aus dem eigenen Jahrgang und frühere Alumni wiedersehen kann. Zudem wird man nach Abschluss des Zukunftsdialogs in das Ehemaligenprogramm der Robert-Bosch-Stiftung aufgenommen, das ebenfalls ein großes Netzwerk bietet. Insgesamt war die Teilnahme am Deutsch-Französischen Zukunftsdialog eine tolle – wenn auch vergleichsweise arbeitsreiche – Erfahrung, die ich jedem nur ans Herz legen kann. Weitere Informationen kann ich auf Anfrage gerne zu Verfügung stellen und ansonsten nochmals auf die Webseite des Zukunftsdialogs verweisen: www.zukunftsdialog.eu .

Seminar am LG Düsseldorf: Aktuelles aus dem französischen Arbeits-, Wirtschafts- und Erbrecht

von Dr. Philippa Paternot

Zum ersten Mal haben der Düsseldorfer Anwaltverein e.V. in Kooperation mit dem DAV Frankreich sowie dem Landgericht Düsseldorf ein gemeinsames Seminar veranstaltet. Thema war „Aktuelles aus dem

französischen Arbeits-, Wirtschafts- und Erbrecht“. Die Fortbildungsveranstaltung fand am 10. Oktober 2018 im Landgericht Düsseldorf statt. Die rund vierzig Teilnehmer kamen aus der Anwaltschaft, der Justiz sowie der Ausbildung an der Hochschule bzw. im Referendariat.

Der Präsident des Landgerichts Düsseldorf Dr. Bernd Scheiff begrüßte die Teilnehmer. Den inhaltlichen Auftakt übernahm Dr. Aymeric Le Goff, Avocat à la Cour (BMH Avocats Paris), der zu den letzten Reformen im französischen Arbeitsrecht ausführte. Dabei konzentrierte er sich auf die Personalentsendung zwischen Deutschland und Frankreich, die Änderungen im Kündigungsrecht sowie die Vereinfachung der Organisation der Personalvertretungsorgane.

Zum Vertriebsrecht führte anschließend Jörg Letschert, Rechtsanwalt und Avocat à la Cour (Soffal) aus. Er stellte die Unterschiede samt Vor- und Nachteilen der beiden Rechtsordnungen gegenüber, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit einer Rechtswahl bei vertriebsrechtlichen Vereinbarungen.

Den gesellschaftsrechtlichen Part übernahm Dr. Antje Luke, Rechtsanwältin und Avocat à la Cour (BMH Avocats Paris). Sie erläuterte grundsätzliche Unterschiede im deutschen und französischen Gesellschaftsorganisationsrecht sowie bei Transaktionen. Schließlich gab Dr. Jutta Laurich, Rechtsanwältin und Avocat à la Cour (Cabinet Laurich), einen Überblick über die französische Beratungspraxis im Erbrecht.

Sowohl die zahlreichen Beispiele aus der Praxis der Vortragenden als auch die Fragen der Teilnehmer machten die große Praxisrelevanz der angesprochenen Themen deutlich. Die gelungene Veranstaltung war hoffentlich erst der Auftakt zu möglichen weiteren Kooperationsveranstaltungen zwischen den deutschen und französischen Anwaltschaften.

Campus international du barreau de Paris à Berlin, 31 janvier au 1^{er} février 2019



Le Barreau de Paris organise depuis 2013 des Campus internationaux qui constituent des axes structurants de son action internationale dans différentes régions du monde. Ces Campus ont pour objectif de promouvoir la coopération inter-barreaux, le partage des connaissances juridiques et le développement économique. Les Campus internationaux ont vocation à rassembler les représentants de la profession ainsi que les confrères de la région concernée mais également l'ensemble des professionnels du droit, universitaires, entreprises et décideurs publics.

Numérique et legal tech : regards croisés franco-allemands

Les 31 janvier et 1^{er} février derniers, le barreau de Paris a organisé, conjointement avec le *Deutscher Anwaltverein*, un Campus international thématique intitulé « *Numérique et legal tech : regards croisés franco-allemands* ».

Avec plus de 270 participants, rassemblés en plein de cœur de Berlin, cet évènement a permis la rencontre entre deux grandes places de droit possédant une forte expertise dans le domaine du numérique. Pendant deux jours, professionnels du droit, universitaires, ingénieurs, membres d'entreprises, représentants politiques et institutionnels ont pu échanger et assister à dix tables rondes qui ont été l'occasion de débats techniques et prospectifs, et de regards croisés sur les pratiques française et allemande dans les domaines du numérique et des legal tech.

Plusieurs sujets ont ainsi été évoqués, parmi lesquels, l'impact des legal tech sur la pratique professionnelle dans les petites et grandes structures, l'intelligence artificielle et la robot éthique (avec l'exemple de la justice prédictive), l'accès à la justice à l'ère du numérique, les smart contracts et la blockchain, la protection des données, ou encore les nouveaux outils et contenus qui accompagnent les changements dans la formation professionnelle et le développement des cabinets.

Une session intitulée « *legal tech live pitch* » fut l'occasion de présenter l'Incubateur du barreau de Paris, le réseau international des incubateurs d'avocats et le premier programme d'incubation physique des start-ups du droit.

Lors des discours officiels, Dr. Katarina Barley, ministre de la Justice et de la Protection des consommateurs de la République fédérale d'Allemagne, et Valérie Delnaud, adjointe au directeur des Affaires civiles et du Sceau au ministère de la Justice de la République française, représentant la garde des Sceaux, ont souligné, dans le domaine du numérique mais aussi au-delà, l'importance de la coopération franco-allemande, en invoquant la signature du Traité d'Aix-la-Chapelle survenue quelques jours auparavant, le 22 janvier 2019. Le Campus international s'inscrit à cet égard dans la droite ligne de cet accord bilatéral et constitue l'une des premières actions concrètes le mettant en œuvre.

Prochaine rencontre prévue à Paris

Face au succès de l'évènement, le bâtonnier de Paris, Marie-Aimée Peyron, le vice-bâtonnier de Paris, Basile Ader, et le président du Deutscher Anwaltverein, Ulrich Schellenberg, ont appelé de leurs vœux la poursuite des échanges et le renforcement de la coopération franco-allemande. Ainsi, une rencontre franco-allemande sera prochainement organisée à Paris. Nous ne manquerons pas d'en informer les lecteurs des Actualités.

Pour plus d'information : <https://avocatcampusinternational.org>.

Exzellenzpreis der Deutsch-Französischen Hochschule

von Dr. Philippa Paternot



Die beiden Studierenden Ann-Kristin Mayrhofer und Björn Schümann haben im Januar 2019 den Exzellenzpreis der Deutsch-französischen Hochschule gewonnen. Die Exzellenzpreise der DFH zeichnen Absolventen von DFH-geförderten Studiengängen aus, die ihre fachliche und interkulturelle Exzellenz durch hervorragende Studienabschlüsse oder durch besondere Verdienste unter Beweis gestellt haben. Die Preise sind mit jeweils 1.500 Euro dotiert und werden von Wirtschaftsakteuren und Institutionen aus unterschiedlichen Bereichen gefördert. In der Fachgruppe Rechtswissenschaften kommt die Förderung von der DFJ.

Beide Studierende haben ein Doppelstudium verbunden mit einem längeren Studienaufenthalt in Frankreich durchlaufen.

Ann-Kristin Mayrhofer hat das Doppelstudium an der LMU München und der Université Paris II Panthéon-Assas absolviert. Nach den ersten beiden Studienjahren in München verbrachte sie drei Semester in Paris, wo sie die *Licence* und das erste Semester des *Master 1* ablegte. Zurück in München schloss sich die Examensvorbereitung an. Da sie im Rahmen des Doppelstudiums ihre Freude an rechtsvergleichender Arbeit entdeckt hat, plant Frau Mayrhofer nach Abschluss des Referendariats eine Dissertation zu einem deutsch-französisch rechtsvergleichenden Thema. Dafür hofft sie, nochmal eine Weile in Paris leben zu können. Den Exzellenzpreis erhielt sie vor allem auf Grund ihrer hervorragenden Noten im Doppelstudium: In Paris absol-

vierte sie die *Licence* als Jahrgangsbeste (einschließlich der französischen Studenten). Bei der Ersten Juristischen Prüfung landete sie mit 16,14 Punkten auf Platz 1 in Bayern.

Björn Schümann studiert neben dem deutschen Recht mit dem Ziel des Staatsexamens an der Universität des Saarlandes parallel am Centre Juridique Franco-Allemand (CJFA) das französische Recht in dem eigenen Studiengang „*Droit*“, der zur „*Licence en droit*“ führt. Die Entscheidung für das Doppelstudium entstammt zum einen dem Wunsch neben dem deutschen noch ein anderes Rechtssystem kennenzulernen. Zum anderen möchte Herr Schümann mit dem Doppelstudium seinem Ziel näherkommen, später in einer internationalen Institution zu arbeiten.

Den Exzellenzpreis erhielt er vor allem für seine Abschlussarbeit im Studiengang „*Droit*“. Unter dem Titel „Der Rückgriff auf *hard law* und *soft law* bei der Behandlung behinderter Menschen im europäischen Arbeitsrecht“ analysiert Herr Schümann, wie die europäischen Institutionen ihre Mitgliedsstaaten dazu anhalten konnten, Antidiskriminierungsmaßnahmen für den Arbeitsmarktzugang behinderter Menschen zu verabschieden und wie politische Strategien die Verabschiedung verbindlicher Rechtsakte durch EU und Europarat beeinflusst haben.

■ Stellenanzeigen

Rechtsanwalt mit
deutsch-französischer
Doppelqualifikation
(m/w)

LPA-GGV legal tax

IHR PROFIL

Sie verfügen über solide Kenntnisse im Arbeits-, Handels- und Gesellschaftsrecht sowie allgemeine Kenntnisse im Vertriebs- und Wettbewerbsrecht. Neben sehr guten französischen Sprachkenntnissen, die Sie im Rahmen eines juristischen Doppelstudiums oder einem entsprechend qualifizierten Austauschprogramm mit einer französischen juristischen Fakultät erworben haben, sind Sie seit mindestens 3 Jahren im Beruf. Idealerweise verfügen Sie über eine abgeschlossene Promotion.

IHRE TÄTIGKEIT

Wir bieten Ihnen eine abwechslungsreiche, bereichsübergreifende Tätigkeit in einem interdisziplinären, kollegialen Team mit einem angenehmen Arbeitsklima, offenen Türen und kurzen Wegen. Zu Ihren Hauptaufgaben gehört die Beratung von Mandanten im Arbeits-, Handels- und Gesellschaftsrecht, vornehmlich in französischer und auch englischer Sprache.

ÜBER UNS

Wir sind eine international tätige Sozietät mit 14 Standorten weltweit. In Deutschland sind wir in Frankfurt, Hamburg und München mit einem Team von rund 65 Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, Notaren und Avocats à la Cour vertreten. LPA-GGV berät in allen Bereichen des Wirtschaftsrechts. Ein Alleinstellungsmerkmal ist unsere Expertise im grenzüberschreitenden Umfeld. Hier stellt LPA-GGV eines der größten Teams im Kanzleimarkt.

INTERESSIERT?

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen per E-Mail an personal@lpa-ggv.com. Unsere Personalabteilung steht Ihnen auch telefonisch unter 069-97961-128 gerne zur Verfügung.

www.lpa-ggv.com | Westendgate | Hamburger Allee 2-4 | 60486 Frankfurt am Main

Paris | Algiers | Brussels | Casablanca | Douala/Yaoundé | Dubai | Frankfurt | Hamburg | Hong Kong | Munich | Shanghai | Singapore | Tokyo



Steuerberater
Wirtschaftsprüfer
Rechtsanwälte

GHJ ist eine im Jahr 1968 gegründete Wirtschaftsprüfungs-, Steuer- und Rechtsberatungssozietät mit Sitz in Kehl und Blick nach Strasbourg. Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen

RECHTSANWALT (m/w/d)

Ihre Aufgaben

- Laufende und projektbezogene Beratungstätigkeit auf höchstem Niveau insbesondere in den Bereichen Handels-, Gesellschafts-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Zwangsvollstreckungsrecht
- als Rechtsanwalt unterstützen Sie vor allem in- und ausländische Unternehmen und Unternehmensgruppen unterschiedlicher Branchen, Größen und Rechtsformen hinsichtlich wirtschaftsrechtlicher Fragestellungen
- des Weiteren zählen der Ausbau und die Pflege der bestehenden Kontakte zu Mandanten sowie der Neuaufbau entsprechender Kontakte zu Ihrem Aufgabengebiet

Ihr Profil

- zwei abgeschlossene juristische Staatsexamen
- Interesse an Handels-, Gesellschafts-, Arbeits-, Sozialversicherungs- und Zwangsvollstreckungsrecht, aber auch an betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen
- gute französische Sprachkenntnisse sind von Vorteil
- Freude an eigenverantwortlicher Arbeit in einem interdisziplinären Team aus Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern und am Umgang mit Mandanten
- Begeisterung für grenzüberschreitende/internationale Fragestellungen und das entsprechende Engagement für Ihre berufliche Tätigkeit
- Teilzeitbeschäftigung möglich
- Die Stelle steht auch für einen Berufseinsteiger offen, da die Einarbeitung durch erfahrene Kollegen möglich ist.

Das erwartet Sie bei uns

- deutsche und internationale, insbesondere französischstämmige Mandate jeder Größenordnung
- abwechslungsreiche und anspruchsvolle Aufgaben
- ein modernes, motiviertes und fachübergreifend qualifiziertes Team
- umfassende Förderung der fachlichen und persönlichen Weiterentwicklung durch innerbetriebliche und externe Fortbildungsmaßnahmen
- sicherer Arbeitsplatz mit einer leistungsorientierten Vergütung
- leben und arbeiten in der Eurometropole Strasbourg/Kehl, zwischen Erholungsgebieten Schwarzwald und Elsass/Vogesen

Interessiert?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung und würden Sie gerne kennenlernen! Ihr Ansprechpartner bei GHJ ist Herr Hans-Dieter Jundt.

Hafenstraße 3 | 77694 Kehl
Telefon: +49 | 78 51 | 87 08-0
Fax: +49 | 78 51 | 87 08-211

E-Mail: jundt@g-h-j.de
Internet: www.g-h-j.de

**hwlegal**

hwlegal ist eine neugegründete Kanzlei, die die Abwicklung ausgewählter Gerichtsverfahren mit Hilfe von #LegalTech weitestgehend automatisiert, digitalisiert und optimiert.

Wir suchen

Referendare (w/m) und Studentische Hilfskräfte (w/m)

für unsere neue Kanzlei in Frankfurt
im Bereich #LegalTech.

Trotz weitreichender Automatisierung muss jedes neue Mandat rechtlich eingeordnet und eine juristische Prüfung vorgenommen werden. Darüber hinaus muss der vollständig digitalisierte Prozess ständig verbessert, angepasst und kontrolliert werden. Hierfür suchen wir motivierte Kolleginnen und Kollegen, die Spaß an der Entwicklung eines neuen Kanzleiumfeldes haben. Die rechtliche Prüfung der Neufälle und die Optimierung des automatisierten Verfahrens zusammen mit Entwicklern und Programmierern bieten ein spannendes Umfeld.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung mit aussagekräftigem Lebenslauf an: karriere@hwlegal.de

hwlegal Rechtsanwalts-
gesellschaft mbH
Stiftstr. 30
60313 Frankfurt am Main

AUSBILDUNG | RECHT ^{nah}

BELMONT Legal ist eine Anwaltskanzlei mit Sitz in Frankfurt mit derzeit 6 Berufsträgern. Wir beraten mittelständische Unternehmen und ausländische Konzerne in allen Fragen des Wirtschaftsrechts, insbesondere in den Bereichen M&A, Gesellschafts-, Arbeits- und Kapitalmarktrecht. Viele unserer Mandanten kommen aus dem europäischen Ausland.

Wir suchen ständig qualifizierte und motivierte **Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare (w/m/d)**, die einen Teil ihrer Ausbildung bei uns absolvieren möchten. Gute Englischkenntnisse setzen wir voraus, gute Französischkenntnisse sind willkommen.

Wenn Sie eine spannende und praxisnahe Ausbildung in einem stark international geprägten Umfeld suchen, dann bewerben Sie sich gerne bei uns:

BELMONT | LEGAL

BELMONT Legal
z.Hd. Frau Rechtsanwältin Felicitas Werber, LL.M.
Stiftstraße 30
60313 Frankfurt
Telefon +49 69 97 10 97-100

Sie können uns Ihre Bewerbung auch gerne elektronisch an info@belmontlegal.de übermitteln.

Adresse Stiftstraße 30 | 60313 Frankfurt am Main | Telefon +49 69-97 10 97-100 | Telefax +49 69-97 10 97-200
E-Mail info@belmontlegal.de | www.belmontlegal.de